



Mitglieder der CDU/CSU Fraktion des Deutschen Bundestages aus dem Rhein-Main-Gebiet

Prof. Dr. Matthias Zimmer, MdB, Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Herrn
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Herrn Bundesminister Andreas Scheuer MdB
Invalidenstr. 44
10115 Berlin

Berlin, 28.09.18

Sehr geehrter Herr Bundesminister Scheuer,

wir sind eine Gruppe von Abgeordneten aus dem Rhein-Main-Gebiet. Die jüngste Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden vom 05. September 2018, dass die Stadt Frankfurt am Main zum 01. Februar kommenden Jahres Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Kraft setzen muss, hat uns alarmiert. Sie ist der jüngste Höhepunkt einer bereits länger andauernden Entwicklung zur Bekämpfung der Dieseltechnologie, die letztlich auf dem Rücken der betroffenen Autobesitzer ausgetragen wird und in bestimmten Fällen praktisch einer Enteignung gleichkommt. Obwohl die Entscheidung zu Fahrverboten und die Manipulation von Abgaswerten durch die Automobilindustrie zwei verschiedene Vorgänge sind, so belasten doch beide das Bild der deutschen Industrie, aber vor allem auch der Politik, von der die Menschen in unserem Land zu Recht Lösungen erwarten.

Die besondere Situation im Rhein-Main-Gebiet würde im Falle des Fahrverbots zu einer völligen Überlastung des Öffentlichen Personennahverkehrs führen, der sich bereits jetzt – ohne zusätzliche Fahrverbote – schon an seiner Belastungsgrenze befindet und dringend auf die Umsetzung der ÖPNV-Projekte im Bundesverkehrswegeplan 2030 sowie auch auf weitere Maßnahmen angewiesen ist. Die Unterzeichner begrüßen deshalb ausdrücklich die Entscheidung der Hessischen Landesregierung, gegen das Wiesbadener Urteil Rechtsmittel einzulegen.

Als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete erwarten wir aber auch von der Bundesregierung, dass sie zeitnah und spürbar im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger handelt. Konkret erhoffen wir uns Folgendes:

- Einrichtung eines Entschädigungsfonds für die betroffenen Automobilbesitzer, der hauptsächlich von der Automobilindustrie gespeist wird
- Umrüstung der manipulierten Fahrzeuge durch die Hersteller, wo immer dies möglich ist, auch durch Hardware-Lösungen
- Schaffung eines Maßnahmenpakets, um in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen weitere Fahrverbote zu verhindern
- Beschleunigung und ggf. Ausweitung der Bundes-Förderprogramms zur Umrüstung von Bussen der kommunalen Nahverkehrsbetreiber
- Beschleunigung der Zulassung geeigneter Nachrüstungssysteme durch die zuständigen Bundesbehörden.



Mitglieder der CDU/CSU Fraktion des Deutschen Bundestages aus dem Rhein-Main-Gebiet

Wir wollen gemeinsam erreichen, dass – unabhängig von weiteren juristischen Entscheidungen – Fahrverbote vermieden werden, die Fahrzeugbesitzer Rechtssicherheit bekommen und keinen finanziellen Schaden davontragen, wenn die Industrie manipuliert. Gleichzeitig wollen wir Lösungen finden, um individuelle Mobilität, Klimaschutz und saubere Luft in unseren Großstädten in Einklang zu bringen. Dazu erwarten wir die zügige Umsetzung der wichtigen Infrastrukturprojekte im Rhein-Main-Gebiet zur Entlastung des Straßennetzes aber vor allem auch zum notwendigen Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs.

Wir hoffen, Sie mit unseren Anliegen an unserer Seite zu wissen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Matthias Zimmer MdB

Bettina M. Wiesmann

Dr. Peter Tauber

Markus Koob

Björn Simon

Dr. Katja Leikert

Norbert Altenkamp

Patricia Lips

Oswin Veith